



Nezahat Baradari

Mitglied des Deutschen Bundestages
Kreis Olpe/Märkischer Kreis I



KONTAKT

 Bundestagsbüro Berlin
Nezahat Baradari, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

nezahat.baradari@bundestag.de

030 / 22 77 12 60

 www.nezahat-baradari.de/

 <https://www.facebook.com/Baradari2023/>

 <https://www.instagram.com/nezahatbaradari/>

Auch in Zukunft gemeinsam für eine offene, tolerante Gesellschaft

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde der SPD!

Bevor sich der Bundestag kommende Woche, am 25. März, neu konstituiert, richteten sich alle Blicke aber nochmals auf den alten Bundestag: CDU/CSU haben mit SPD und den Grünen noch vor der Konstituierung des neuen Bundestages eine Grundgesetzänderung auf den Weg gebracht.

Nach der Abstimmung im [Deutschen Bundestag](#) am vergangenen Dienstag, hat heute auch der [Bundesrat](#) mit 2/3-Mehrheit die grundgesetzlichen Änderungen für mehr Investitionen in Sicherheit, Infrastruktur und Klima beschlossen. Dazu wurde ein erster Reformschritt der Schuldenregel umgesetzt und zusätzlich ein Sondervermögen Infrastruktur für Bund, Länder und Kommunen mit einem Volumen von 500 Milliarden Euro im Grundgesetz verankert.

Damit setzen wir ein zentrales Versprechen der Sozialdemokratie um: Wir ermöglichen Investitionen in die äußere Sicherheit und in die Zukunft unseres Landes, und zwar ohne dies gegen die soziale Sicherheit in unserem Land auszuspielen. Das ist eine Weichenstellung in historischer Dimension für mehr Wohlstand, Wachstum und Sicherheit.

Zu den Regelungen im Einzelnen:

Erstens, wir ermöglichen mehr Investitionen in unsere Sicherheit! Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert bereits über drei Jahre an und hat die Sicherheitslage in Europa dramatisch verändert. Zudem lässt der Amtsantritt der neuen US-Regierung keine Verringerung der geoökonomischen und sicherheitspolitischen Spannungen erwarten. Die Zweifel an der Zukunft der US-Unterstützung für den Verteidigungskampf der Ukraine und die Unsicherheit über das amerikanische Beistandsversprechen bedeutet eine präzedenstlose Änderung der si-



cherheitspolitischen Lage. Die Gewährleistung der inneren wie äußeren Sicherheit ist eine staatliche Kernaufgabe und Europa sowie Deutschland mussten angesichts der Bedrohungen von Frieden und Freiheit bereits jetzt enorme Anstrengungen unternehmen, um die nationale sowie die europäische Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Die mit der Zeitenwende und dem Sondervermögen Bundeswehr eingeleitete Stärkung der Fähigkeiten der Bundeswehr muss daher nicht nur fortgeführt, sondern auch strukturell vertieft werden. Gleichmaßen geht es auch um eine Stärkung der inneren Sicherheit und damit um mehr Mittel für den Zivil- und Bevölkerungsschutz, die Nachrichtendienste sowie den Schutz der informationstechnischen Systeme. Ebenso soll auch die finanzielle Hilfe für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten einbezogen und gesichert werden.

Mit einer strukturellen Reform der Schuldenbremse im Zusammenhang mit dem Verteidigungshaushalt ermöglichen wir die Modernisierung unserer Streitkräfte und eine langfristig gesicherte Finanzierung der Verteidigungsausgaben. Das Sondervermögen Bundeswehr war dafür ein erster Schritt. Mit der Grundgesetzänderung werden nunmehr alle Verteidigungsausgaben über ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht mehr unter die geltenden Schuldenregeln fallen. Den Begriff der Verteidigung verstehen wir dabei breit. Auch die Ausgaben des Bundes für den Zivil- und Bevölkerungsschutz, für die Nachrichtendienste nehmen wir in dem vorgenannten Umfang von der Schuldenbremse aus. Wir sorgen damit für einen starken und dauerhaften Aufwuchs bei der Finanzierung der Landes- und Bündnisverteidigung, ohne andere staatliche Ausgaben wie Rente oder Zukunftsinvestitionen in Konkurrenz zur Bundeswehr zu stellen. Das war eine zentrale Forderung der SPD im Wahlkampf.

Zweitens, wir mobilisieren 500 Milliarden Euro für die Modernisierung der Infrastruktur im Bund, in den Ländern und in den Kommunen. Bereits auf dem Parteitag 2019 hat sich die SPD im Leitantrag dafür ausgesprochen, den Investitionsstau in unserem Land zu beseitigen. Die Instandhaltung und Sanierung von Infrastrukturen ist auch eine wichtige Voraussetzung für

einen attraktiveren Wirtschaftsstandort Deutschland und damit für eine Stärkung des mittelfristigen Wirtschaftswachstums. Die notwendigen Mittel dazu können jedoch kurzfristig nicht allein aus den laufenden Haushalten des Bundes, der Länder und der Kommunen finanziert werden.

Mit dem zweiten Teil dieser Grundgesetzänderung halten wir Wort und schaffen die Voraussetzungen für die Errichtung eines kreditfinanziertes Sondervermögens Infrastruktur in Höhe von 500 Milliarden Euro für die Dauer von 12 Jahren (Bewilligungszeitraum) aufzulegen. 100 Milliarden Euro sind davon für die Infrastruktur der Länder und Kommunen vorgesehen, weitere 100 Milliarden für den Klima- und Transformationsfonds. Aus dem Sondervermögen sollen insbesondere Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, die Krankenhäuser, die Energieinfrastruktur, den Klimaschutz sowie in die Bildungs-, Betreuungs- und Wissenschaftsinfrastruktur getätigt werden. Ziel ist es auch, über das Sondervermögen private Investitionen in großem Umfang auszulösen. Mit einem Zusatzlichkeitskriterium für die Investitionen stellen wir sicher, dass die Mittel aus dem Sondervermögen tatsächlich für zusätzliche Investitionen genutzt werden.

Die historische Dimension des Sondervermögens Infrastruktur soll es ermöglichen, den Investitionsstau der letzten Jahrzehnte wirksam zu begegnen. Klar ist aber auch: Die Arbeit geht nun erst richtig los: Mit der Grundgesetzänderung haben wir dem Bund die Ermächtigung gegeben, das Sondervermögen Infrastruktur aufzusetzen. Direkt nach dem Start der neuen Legislatur wird es darum gehen, das Sondervermögen „an den Start“ zu bringen und die ersten Vorhaben zeitnah anzugehen.

Drittens, mehr finanzieller Handlungsspielraum für die Bundesländer! Mit der Grundgesetzänderung erhalten die Länder im Rahmen der Schuldenregel künftig ein dem Bund vergleichbaren Verschuldungsspielraum von 0,35 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Wir beheben damit einen grundlegenden Webfehler der Schuldenbremse.



Gleichzeitig bleibt für uns klar:

Wir müssen die Schuldenregel über die jetzt umgesetzten Reformschritte hinaus, grundlegend reformieren, um auch langfristig das Investitionsniveau in unserem Land auf hohem Niveau zu erhalten. Das ist gerade auch wichtig, um keine Abbruchkante nach Auslaufen des Sondervermögens zu haben.

Daher sollen in der kommenden Legislaturperiode weitere Schritte erfolgen. Um das schnell umzusetzen, soll – wie im Sondierungspapier vereinbart – eine Expertenkommission unter Beteiligung des Bundestages und der Länder einen Vorschlag für eine Modernisierung der Schuldenbremse entwickeln, die dauerhaft zusätzliche Investitionen in die Stärkung unseres Landes ermöglicht. Auf dieser Grundlage soll die Gesetzgebung bis Ende 2025 abgeschlossen werden.

An dieser Stelle wollen wir unserem Verhandlungsführer Lars, dem Sondierungsteam und besonders den Mitarbeitenden für diesen gemeinsamen Kraftakt danken. Keine drei Wochen nach der Wahl haben wir es geschafft, unser Land auf ein neues fiskalpolitisches Fundament zu stellen.

Am Dienstag hat nun der Bundestag den Antrag und damit „Investitionen von historischer Dimension“ (Lars Klingbeil) mit mehr als der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen. 513 Abgeordnete stimmten für den Antrag, 489 waren nötig. Leider konnte ich selbst krankheitsbedingt nicht an dieser Abstimmung teilnehmen. Heute stimmte auch der Bundesrat der Gesetzesänderung mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zu. Damit ist das Grundgesetz geändert und wir haben die Reform der Schuldenbremse auf den Weg gebracht. Gemeinsam mit den Grünen senden SPD und CDU/CSU damit ein wichtiges Signal. Die Einigung war nicht einfach, aber „wir haben Brücken in der demokratischen Mitte gebaut“, wie Lars Klingbeil sagt.

In den Sondierungsgesprächen konnten wir übrigens einige Erfolge z. B. beim Mindestlohn oder der grundsätzlichen Reform der Schuldenbremse erringen.

Jetzt müssen wir aber aufpassen, dass wir Herrn Merz in den kommenden Wochen bei den Koalitionsgesprächen keinen politischen Freifahrtschein ausstellen – gerade in der Migrationspolitik.



Auch wenn ich nun nicht erneut Teil des Deutschen Bundestages sein werde, bleibt mein Engagement für Demokratie, Zusammenhalt und einen respektvollen Umgang miteinander ungebrochen.

Ich danke euch für eure Unterstützung in den vergangenen Jahren und hoffe, dass wir auch in Zukunft gemeinsam für eine offene, tolerante Gesellschaft einstehen.

Herzlichst Eure

Nezahat



Schmerzhaftes Ergebnisse

Enttäuschender Ausgang der Bundestagswahl 2025

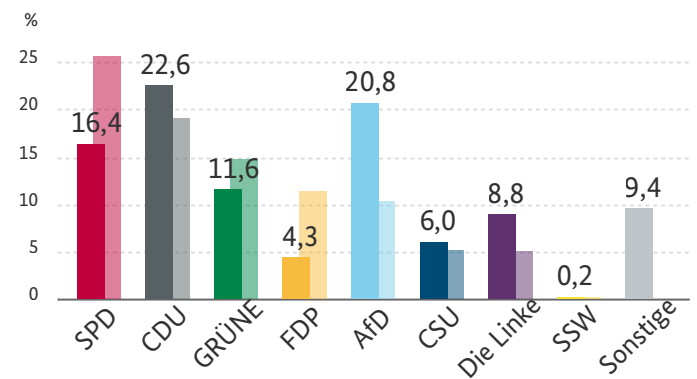
Die diesjährige Bundestagswahl war sowohl für mich persönlich als auch für uns als SPD eine Zeit, die sowohl emotionale Höhen als auch Tiefen mit sich brachte. Es ist wirklich wunderbar, dass die Wahlbeteiligung auf 82,5 Prozent (2021: 76,4 Prozent) gestiegen ist. Jede einzelne Stimme ist ein Zeichen gelebter Demokratie. Gleichzeitig sind die Ergebnisse, die wir als SPD erlitten haben, sowohl [bundesweit](#) mit 16,4 % (2021: 25,7 %) als auch in unserem [Wahlkreis](#) (16,4 % bei den Zweitstimmen = - 11,1 %, 20,8 % bei den Erststimmen = -8,8 %), sehr schmerzhaft. Wir alle haben mitgefiebert, gekämpft und gehofft, doch das Ergebnis ist für mich und viele von euch sicherlich enttäuschend.

Der deutliche Zweitstimmenzuwachs für die AfD auf bundesweit 20,8 % (+ 10,4 %) und 20,5 % im Wahlkreis (+ 12,0%) ist ein besorgniserregendes Signal. Viele Bürgerinnen und Bürger haben mir in Gesprächen mitgeteilt, dass sie sich von der Politik – und leider auch von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – nicht mehr richtig verstanden und vertreten fühlen. Wenn ich dann sehe, wie viele Menschen unzufrieden und enttäuscht sind, dann spüre ich, dass wir uns noch viel stärker um die Themen kümmern müssen, die die Menschen hier vor Ort und im ganzen Land beschäftigen. Ganz gleich, ob es um soziale Gerechtigkeit, bezahlbaren Wohnraum, einen starken Mittelstand oder sichere Arbeitsplätze geht – wir dürfen nicht aufhören, für die Anliegen der Menschen vor Ort zu kämpfen. Ein weiteres wichtiges Anliegen ist die Regulierung der Migration. Unser Land benötigt Arbeitskräfte, und es ist in unserem gemeinsamen Interesse, eine geordnete Migration und innere Sicherheit zu gewährleisten. Die Taten, die von islamistischen und rechtsradikalen Gruppen begangen wurden, sind in diesem Zusammenhang besonders besorgniserregend.

In den vergangenen Jahren habe ich mich stets bemüht, ein offenes Ohr für die Sorgen und Wünsche der Menschen in unserem Kreis Olpe und im südlichen

Zweitstimmen

Bundestagswahl 2025, Deutschland
Endgültiges Ergebnis



■ Bundestagswahl 2025 ■ Bundestagswahl 2021

© Die Bundeswahlleiterin, Wiesbaden 2025

Märkischen Kreis zu haben. Es stimmt mich traurig, dass mir dieser persönliche Einsatz an der Wahlurne leider nicht das Vertrauen sichern konnte, unseren Wahlkreis weiterhin im Deutschen Bundestag zu vertreten. Bei einem NRW-Listenplatz von 32 war es unter den ungünstigen Wahlprognosen schwierig, erneut in den Deutschen Bundestag einzuziehen, da die Liste dieses Mal nicht zog. Nichtsdestotrotz bin ich stolz auf das, was wir gemeinsam erreicht haben, und ich stehe nach wie vor für unsere sozialdemokratischen Werte. In dieser Situation ist es jetzt wichtiger denn je, den Kontakt mit den Menschen zu suchen, um über ihre Ängste und Hoffnungen zu sprechen.

Die Gründe für das Ergebnis sind vielfältig und reichen von genereller Politikverdrossenheit über wirtschaftliche Unsicherheit bis hin zu einer weitverbreiteten Protesthaltung, die offenbar immer mehr Menschen zur AfD treibt. Wir haben in dieser Wahlperiode an Vertrauen verloren, das ist klar. Unsere Kernthemen – gerechte Löhne, soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt – finden eigentlich große Zustimmung. Wir sollten daran arbeiten, das Vertrauen der Wählerschaft zurückzugewinnen, indem wir un-



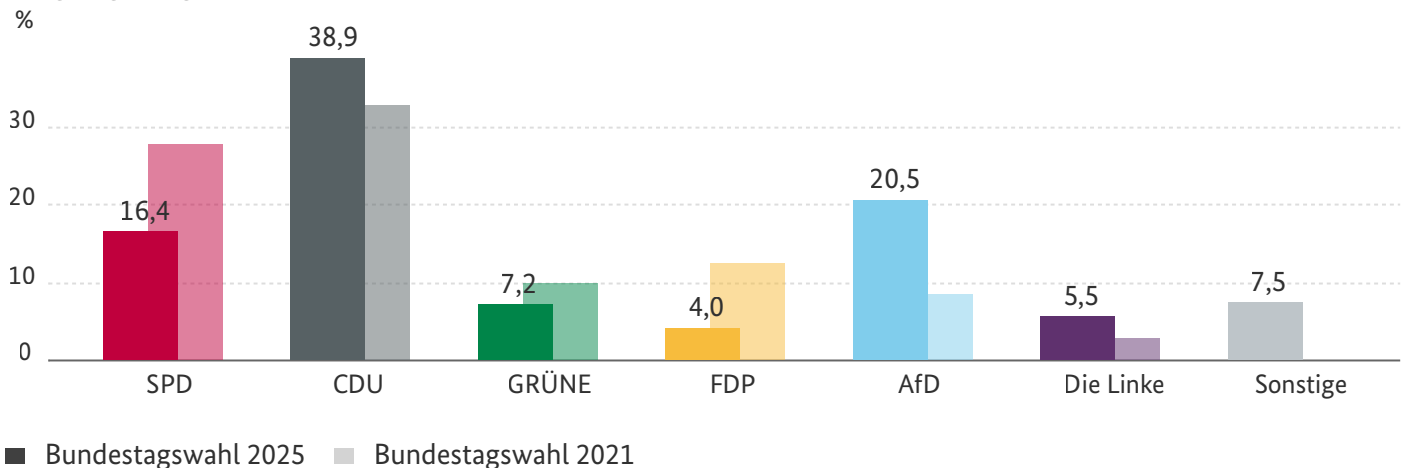
sere Anliegen auf nachvollziehbare Weise vermitteln. Ich bin mir bewusst, dass die Wiederherstellung des Vertrauens eine große Herausforderung ist, aber ich bin zuversichtlich, dass wir das gemeinsam schaffen können. Die SPD hat in ihrer langen Geschichte schon viele schwierige Phasen durchgestanden und ist daran gewachsen. Die Analyse dieses Ergebnisses und die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden uns dabei unterstützen, gestärkt zurückzukehren. Viele Menschen, die uns diesmal nicht gewählt haben, sind keine dauerhaften Gegnerinnen und Gegner unserer Ideen. Wir sollten ihnen Gehör schenken und ihnen zeigen, dass wir ihre Anliegen ernst nehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich danke euch von Herzen für euren Einsatz, für die vielen Gespräche auf den Marktplätzen, an Infoständen und in Vereinen – und natürlich für jede Stimme, die ihr mit mir erkämpft habt. Dieses Vertrauen verpflichtet mich, auch ohne Mandat weiter für unsere Region und unsere gemeinsamen Werte einzustehen: für Gerechtigkeit, Solidarität und Zusammenhalt.

Wir sollten unseren Blick nun in die Zukunft richten und gemeinsam daran arbeiten, dass wir eine starke und überzeugende sozialdemokratische Stimme im Sauerland und in Südwestfalen sind. Glück Auf!

Zweitstimmen

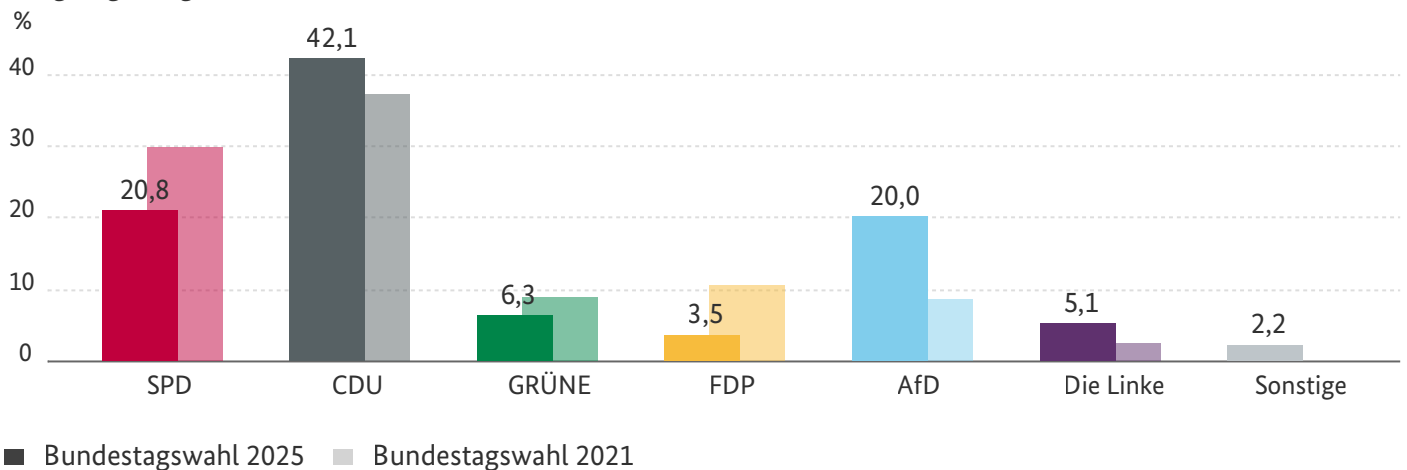
Bundestagswahl 2025, Olpe – Märkischer Kreis I
Endgültiges Ergebnis



© Die Bundeswahlleiterin, Wiesbaden 2025

Erststimmen

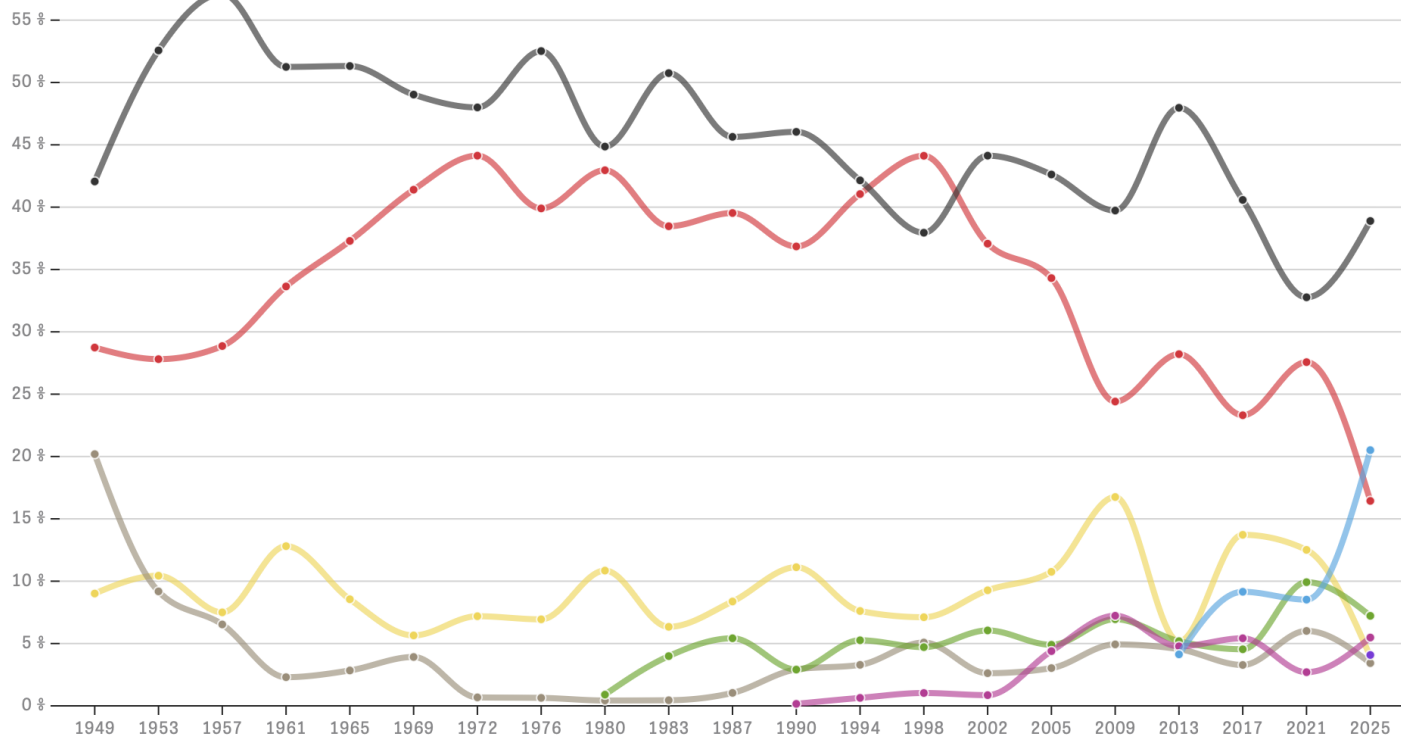
Bundestagswahl 2025, Olpe – Märkischer Kreis I
Endgültiges Ergebnis



© Die Bundeswahlleiterin, Wiesbaden 2025



SPD – Ergebnis im Wahlkreis 148: Historischer Rückblick (Zweitstimmen)



Wahlkreis 148: SPD-Zweitstimmen nach Gemeinde

Gemeinde	Wahlbeteiligung	CDU	AfD	SPD	Grüne	Linke	BSW	FDP
Halver	83,1%	32,0%	23,7%	17,3%	7,9%	5,5%	5,1%	4,8%
Herscheid	84,7%	33,5%	23,4%	18,4%	7,5%	4,2%	4,3%	4,7%
Kierspe	79,0%	29,4%	26,7%	17,3%	7,2%	6,1%	5,3%	3,8%
Lüdenscheid	77,1%	29,7%	22,7%	19,2%	7,4%	7,4%	5,6%	4,1%
Meinerzhagen	79,3%	30,0%	28,5%	16,0%	7,6%	5,2%	5,0%	3,8%
Schalksmühle	85,9%	33,8%	21,6%	19,0%	8,8%	4,4%	3,8%	4,9%
Attendorn	84,2%	42,9%	17,3%	17,2%	7,5%	5,4%	3,0%	3,6%
Drolshagen	93,4%	50,5%	19,0%	10,9%	6,3%	3,8%	2,7%	4,4%
Finnentrop	83,5%	48,9%	18,8%	13,0%	5,3%	4,5%	3,0%	3,1%
Kirchhundem	85,3%	48,0%	16,7%	14,9%	6,8%	4,5%	2,5%	3,6%
Lennestadt	83,8%	43,9%	16,7%	18,4%	6,5%	4,9%	3,0%	3,5%
Olpe	83,8%	46,4%	15,2%	13,8%	8,8%	5,3%	3,5%	4,4%
Wenden	87,0%	49,0%	18,1%	12,6%	5,8%	4,3%	3,5%	3,5%

**Wahlkreis 148: SPD-Erststimmen nach Gemeinde**

Gemeinde	Wahlbeteiligung	CDU	AfD	SPD	Grüne	Linke	BSW	FDP
Halver	83,1%	34,4%	24,0%	21,8%	7,0%	5,9%	-	4,0%
Herscheid	84,7%	37,2%	23,0%	22,3%	6,3%	4,2%	-	4,0%
Kierspe	79,0%	32,6%	26,9%	20,8%	6,8%	5,9%	-	3,9%
Lüdenscheid	77,1%	32,2%	22,5%	24,7%	6,1%	7,7%	-	3,6%
Meinerzhagen	79,3%	34,1%	28,2%	20,3%	6,6%	5,1%	-	3,6%
Schalksmühle	85,9%	36,4%	21,3%	23,3%	7,2%	4,6%	-	4,3%
Attendorn	84,2%	45,5%	16,3%	23,0%	6,3%	4,5%	-	2,8%
Drolshagen	93,4%	54,3%	17,9%	13,3%	5,4%	3,1%	-	4,5%
Finnentrop	83,5%	52,3%	18,0%	16,9%	4,3%	3,8%	-	2,8%
Kirchhundem	85,3%	51,5%	15,6%	18,5%	5,8%	3,8%	-	3,1%
Lennestadt	83,8%	47,6%	15,8%	22,6%	5,7%	3,9%	-	2,8%
Olpe	83,8%	50,5%	14,4%	17,0%	8,8%	4,0%	-	3,9%
Wenden	87,0%	53,1%	17,2%	16,1%	5,2%	3,5%	-	3,2%

Wahlkreis 148: SPD-Hochburgen

Erststimmen	Zweitstimmen
Lüdenscheid Seniorenwohnheim Weststraße 022: 29,74 %	Lüdenscheid Seniorenwohnheim Weststraße 022: 26,73 %
Lüdenscheid Tinsberger Schule -Turnhalle 032: 32,42 %	Lüdenscheid Tinsberger Schule -Turnhalle 032: 24,90 %
Bergstadt-Gymnasium Lüdenscheid 082: 34,54 %	Bergstadt-Gymnasium Lüdenscheid 082: 27,49 %
Lüdenscheid Tinsberger Schule 031: 31,40 %	Lüdenscheid: Zentrum für jugendliche Diabetiker 062: 24,43 %
Attendorn 06.1 Attendorn 6, Hellepädchen: 25,88 %	Lennestadt 005.1 Meggen I: 23,71 %
Lennestadt 005.1 Meggen I: 28,95 %	
Lennestadt 006.1 Meggen II: 26,39 %	
Halver: 002 -Humboldtschule: 28,35 %	

Wahlkreis 148: SPD – Niedrigste Ergebnisse

Erststimmen	Zweitstimmen
Halver: 009 – Bürgerhaus Oberbrügge 12,55 %	Halver: 009 – Bürgerhaus Oberbrügge: 9,18 %
Meinerzhagen: Schulzentrum Rothenstein I 050: 13,7 %	Meinerzhagen: Schulzentrum Rothenstein I 050: 9,23 %
Schalksmühle Grundschule Spormecke 13,27 %	Schalksmühle Grundschule Spormecke 9,91 %
Wenden 015.2 Dörnscheid: 8,11 %	Wenden 015.2 Dörnscheid: 6,76 %
Wenden: 017.1 Ottfingen-Nord 11,38 %	Wenden: 017.1 Ottfingen-Nord 8,54 %
Lennestadt: 014.1Milchenbach 2,86 %	Lennestadt: 014.1Milchenbach 2,86 %
Finnentrop: Rönkhausen II 12,24 %	Finnentrop: Rönkhausen II 9,3 %
Kirchhundem: Selbecke: 7,02 %	Kirchhundem: Selbecke: 6,03 %
Kirchhundem: Welschen Ennest 1: 13,97 %	Kirchhundem: Welschen Ennest 1: 7,22 %
Kirchhundem: Brachthausen/Wirme: 9,22 %	Kirchhundem: Brachthausen/Wirme: 7,28 %
Kirchhundem: Oberhundem: 11,60 %	Kirchhundem: Oberhundem: 7,97 %
Drolshagen 07.1Iseringhausen: 5,22 %	Drolshagen 07.1Iseringhausen: 4,99 %
Drolshagen 06.1 Berlinghausen: 10,94 %	Drolshagen 06.1 Berlinghausen: 8,43 %
Attendorn: 04.1Niederhelden/Mecklinghausen/Repe: 16,09 %	Attendorn: 04.1Niederhelden/Mecklinghausen/Repe: 8,40 %
Olpe 015.1 Sondern,Eichhagen, Stade,Hitzendum: 10,26 %	
Herscheid 050 Grüenthal: 12,00%	

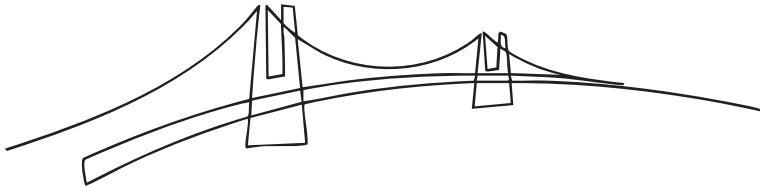


Politische Bilanz aus persönlicher Sicht



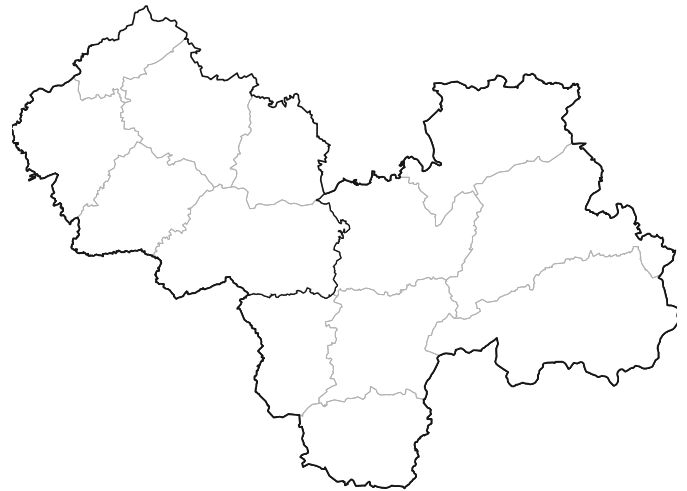
#1 Planungsbeschleunigung A 45 – Die Vollsperrung sorgte für ein Verkehrschaos in Lüdenscheid und Umgebung. Auf Bundesebene habe ich mich dafür eingesetzt, dass sowohl das Planfeststellungsverfahren als auch Neubau beschleunigt werden. 2023 haben wir

schließlich im Deutschen Bundestag wichtige Maßnahmen zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich beschlossen. Zum Spatenstich der Rahmedetalbrücke kam dann Verkehrsminister Volker Wissing vorbei.



#2 Fördermittel für ein starkes Südwestfalen – Seit 2021 konnte ich über 1,8 Milliarden Euro an Fördermitteln in unsere Region holen. Damit unterstützen wir Unternehmen bei Innovationen und Investitionen und helfen Bürgerinnen und Bürgern beim Erwerb oder

der Modernisierung von Wohneigentum.



#3 Als starke Stimme für meine Heimat im Bundestag – Über 1.000 Wahlkreistermine habe ich wahrgenommen, um unsere Anliegen direkt ins Parlament zu tragen.

#4 300 Millionen Euro pro Jahr – so viel fließt zusätzlich in eine bessere Krankenhausbehandlung von Kindern und Jugendlichen.



#5 Entbudgetierung von Kinderärzten – die Behandlung beim Kinderarzt wird endlich fair bezahlt. Und auf den letzten Metern dieser Legislatur konnte ich das mit meinen Kollegen auch für die Hausärzte durchsetzen.



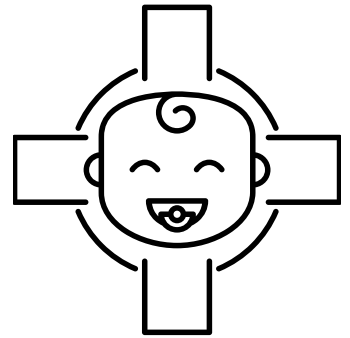
#6 120 Millionen Euro für die Geburtshilfe – Mit der Krankenhausreform konnten wir unter anderem Sondermittel Geburtshilfe verstetigen. Damit kann die Versorgung auch in Zukunft flächendeckend sichergestellt werden



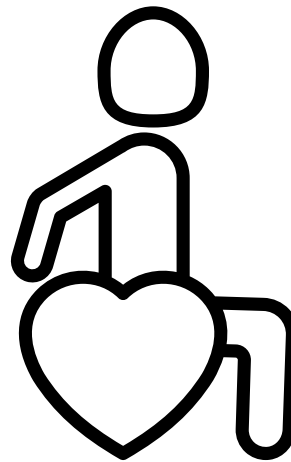
#7 52 Mio. Euro für die Erforschung der Langzeitfolgen von ME/CFS – ME/CFS ist eine neuroimmunologische Krankheit, die zu schwerer körperlicher Erschöpfung, kognitiven Beeinträchtigungen und anderen belastenden Symptomen führt. Die finanziellen Mittel haben es ermöglicht, dass zahlreiche Studien und Forschungsprojekte gestartet wurden, um die Ursachen besser zu verstehen und neue Therapieansätze zu entwickeln.



#8 260.000 € für das Kinderformularium – konnte ich in den Haushaltsverhandlungen 2024 durchsetzen. Das [Kinderformularium](#) ist ein verlässlicher Partner für Ärztinnen und Ärzte, wenn es um die medikamentöse Versorgung von Kindern und Jugendlichen geht. Es bietet evidenzbasierte Dosierungsempfehlungen für Medikamente, die nicht explizit für Kinder zugelassen sind, aber dennoch benötigt werden.



#9 Bessere Hilfsmittelversorgung für Kinder mit Behinderung – Ab 2025 entfällt die Prüfung durch die Krankenkasse, wenn ein Hilfsmittel von einer Ärztin oder einem Arzt eines Sozialpädiatrischen Zentrums oder eines medizinischen Zentrums für Erwachsene mit Behinderung verordnet wurde. Das bedeutet weniger Bürokratie und eine schnellere Versorgung!



In jedem Ende liegt ein neuer Anfang.

– Miguel de Unamuno

Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne.

– Hermann Hesse